

Albert Kersten

Niederländische Traumata des Zweiten Weltkrieges: Deutschland und Indonesien*

Joseph Luns schrieb im Februar 1952 in einer Notiz über die niederländische Diplomatie, dass die Niederlande neben Deutschland und Japan der dritte große Verlierer des Zweiten Weltkrieges seien. Er stützte dieses merkwürdige Urteil auf zwei Fakten. Zum einen auf die Tatsache, dass die Niederlande von deutscher Seite keine territoriale Kompensation für die erlittenen Kriegsschäden erhalten hatten, und zum anderen auf den Umstand, dass die Niederlande Indonesien – oder in der damaligen niederländischen Terminologie „Niederländisch-Ostindien“ – verloren hatten. In beiden Fällen schrieb er den wenig glücklichen Gang der Dinge der Politik der Vereinigten Staaten und Großbritanniens und somit den Bündnispartnern aus dem Zweiten Weltkrieg zu.¹ Ohne die Richtigkeit dieser Analyse zu unterschreiben, ist auf jeden Fall die Feststellung zutreffend, dass Luns' Ausspruch von einem tief sitzenden Ressentiment gegen die ehemaligen Bündnispartner zeugte. Gleichzeitig fasste er mit seiner Aussage auch ein Trauma in Worte, das in den Niederlanden schon lange existierte.

Das Zitat von Luns weist auf eine Problematik hin, die auch anhand zweier Geschehnisse vom 17. August 2005 deutlich wurde. An diesem Tag bestritten die niederländische und die deutsche Fußballnationalmannschaft ein Freundschaftsspiel. Im Rahmen der üblichen Äußerungen des Fußballnationalismus gab es keine einzige, die sich auf den Zweiten Weltkrieg bezog. Es ist allerdings noch nicht lange her, dass ein Transparent mit der Aufschrift „Oma, wir haben dein Fahrrad wiedergefunden“ bei Fußballspielen zum nationalistischen Sentiment gehörte.

An eben diesem 17. August wohnte zum ersten Mal ein Mitglied des niederländischen Kabinetts der Feier anlässlich des 60. Jahrestages der indonesischen Unabhängigkeit bei. Außenminister Ben Bot hielt eine Ansprache, in der er den 17. August de facto als das Datum der indonesischen Unabhängigkeit anerkannte. Eine solche Äußerung wäre 1995, zum 50. Jahrestag, noch undenkbar gewesen. Sie war Anlass für einen Staatsbesuch von Königin Beatrix im Anschluss an die Feier, einen Staatsbesuch, der mit der Wahl die-

* Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages, den ich am 11. Januar 2006 im Rahmen meiner Fellowship am Zentrum für Niederlande-Studien in Münster gehalten habe. Ich bedanke mich besonders bei Annegret Klinzmann für die Übersetzung meines Manuskripts.

1 Nationaal Archief Den Haag, Archiv J.M.A.H. LUNS (2.21.351) Inventar-Nr. 226.

ses nachgelagerten Zeitpunkts jegliche politische Bedeutung verlor. Nach Aussage Eingeweihter weigerte sich die Königin im Jahr 2005, die offiziellen Feierlichkeiten in Jakarta zu besuchen. Problematisch stellte sich in diesem Zusammenhang auch der Umgang mit den niederländischen Ex-Militärs dar, die in den Jahren 1945–1949 in Indonesien am Kolonialkrieg teilgenommen hatten. Bei den in Den Haag stattfindenden Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestages der japanischen Kapitulation hatte der gleiche Minister Bot eine Rede gehalten, in der er erläuterte, dass die Regierung die Militärs, die sie damals nach Niederländisch-Ostindien geschickt hatte, durch die jetzige Anerkennung der Unabhängigkeit Indonesiens nicht betrogen habe. Der Minister vollführte somit einen Balanceakt auf dem politischen Seil, der letztlich ein gutes Ende nahm. Es drängt sich jedoch die Frage auf, warum ein solcher Balanceakt notwendig war. Die gleiche Frage kann auch mit Blick auf die Ressentiments gegenüber Deutschland gestellt werden. Auch diese manifestierten sich noch Jahre nachdem beide Regierungen 1963 in einer Generalvereinbarung alle aus dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Konflikte geregelt hatten. Dennoch schienen sich die Niederlande 1972 anlässlich der Freilassung der „Drei von Breda“, der letzten drei noch in niederländischer Haft befindlichen deutschen Kriegsverbrecher, erneut nahezu im Kriegszustand zu befinden. Warum war es offensichtlich für große Teile der niederländischen Bevölkerung und der politischen Parteien nicht möglich, die normalen rechtsstaatlichen Prinzipien auch auf diese Personen anzuwenden, und warum schlugen die emotionalen Wellen so hoch?

Zur Beantwortung dieser Fragen sind zunächst einige grundsätzliche Feststellungen erforderlich. In allen genannten Fällen geht es um Fragen, die mit einer gehörigen Dosis an Emotionen verbunden sind. Es handelt sich darüber hinaus um Angelegenheiten, die spezifische Bevölkerungsgruppen in Aufregung versetzen. Auch gibt es immer eine Opferrolle. Und schließlich verfügen politische Parteien und ihre Anführer selten oder nie über den Mut, den zur Schau gestellten Emotionen sachliche politische Argumente entgegenzusetzen, um die geplante oder bereits ausgeübte Politik zu verteidigen. Diese Elemente bilden zusammen eine gefährliche Mischung, vor allem, wenn sie über einen längeren Zeitraum wirken. Das traf im Falle der Beziehungen zu Deutschland nach 1945 und der Beziehungen zu Indonesien nach der Dekolonisation zu. Dennoch wäre es falsch, beide Probleme als identisch zu betrachten. In beiden Fällen ist die Wahrnehmung eine völlig andere. Im Falle Deutschlands geht es um das kollektive Erleben des Zweiten Weltkrieges durch die niederländische Bevölkerung, und es tritt erst später eine spezifische Gruppe vor, die das eigene Leid zum nationalen Maßstab erheben will. Bei der Dekolonisation Indonesiens geht es um eine Angelegenheit, über die es von Anfang an politische Meinungsverschiedenheiten gab und die darüber hinaus im Laufe der Jahre einen anderen Charakter annimmt. Ging es zunächst um die Dekolonisation selbst und um ihre Nachwirkungen in der Neuguinea-Frage sowie die scharfe politische Debatte zu diesem Thema, so ging es später vor allem um das Akzeptieren des Datums der indonesischen Unabhängigkeit und die damit verbundene Diskussion über Art, Sinn und Rechtfertigung des militärischen Eingreifens. Beide Themenfelder werden im Folgenden besprochen. Anschließend wird im Zuge eines Vergleichs auch die

Frage thematisiert, ob, und wenn ja, was sie über die Außenpolitik kleiner Länder aussagen.

Das deutsche Trauma²

Der deutsche Angriff am 10. Mai 1940, das „Terror“-Bombardement Rotterdams, die rasche Kapitulation der Niederlande und die ab 1942 herrschende harte Besatzungspolitik hinterließen beim niederländischen Volk tiefe Wunden. Unzufriedenheit und psychische Wut manifestierten sich während des Krieges in der Entstehung des Widerstandes, in einer latent antideutschen Haltung oder in einer schweigenden Überlebensstrategie. Beim Einmarsch der Alliierten ab September 1944 richtete sich der Volkszorn dann gegen Kollaborateure jeglicher Couleur. Auch die sich in London befindende niederländische Regierung hatte – nachdem sie von Königin Wilhelmina hierzu noch einmal angespornt worden war – Maßnahmen für eine großangelegte Säuberung der niederländischen Gesellschaft von allen Personen vorbereitet, die auf die eine oder andere Weise mit den deutschen Besatzern zusammen gearbeitet oder die nationalsozialistische Ideologie aufgenommen hatten. Nicht nur für die Bevölkerung, die sich auslebte, indem sie „moffenmeiden“ die Köpfe schor und sie in Karren durch die Städte und Dörfer fuhr, und indem sie Kollaborateure und NSB-Angehörige einsperrte, kam die Zeit der Abrechnung. Dies galt auch für die Regierung, die aufgrund des Auftretens der deutschen Besatzer Anspruch auf 9.000 km² deutschen Gebiets – später reduziert auf 1.750 km² – sowie auf 25 Milliarden Gulden für die Wiedergutmachung der erlittenen Kriegsschäden erhob.

Dass man – die von den Deutschen angerichteten Verwüstungen vor Augen – in der emotionsgeladenen Zeit der Befreiung diese Politik betrieb, ist psychologisch erklärbar und politisch verständlich. Verwunderlich ist es jedoch, wie lange eine Mehrheit in Regierung und Volksvertretung an diesen Forderungen festgehalten hat. Es scheint, als habe die Regierung völlig vergessen, dass sie 1943 in einer tiefgehenden Debatte zu dem Schluss gekommen war, dass man gegenüber Deutschland eine Politik führen müsse, die einen Revanchismus, wie es ihn nach dem Ersten Weltkrieg gegeben hatte, verhinderte. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Deutschlandpolitik der niederländischen Regierung trotzdem von den gleichen Prinzipien durchdrungen, die nach dem Ersten Weltkrieg zu der Forderung riesiger Wiedergutmachungszahlungen geführt hatten, was den dann monierten Revanchismus zur Folge hatte. Auch für den Kurs der „Großen Vier“ in Bezug auf Reparationszahlungen und Gebietsabtretungen schien die niederländische Politik kaum empfänglich zu sein. So führte die niederländische Haltung zu einer Außenseiterposition, was aber kein Grund für eine Überprüfung dieser Politik war. In diesen Rahmen passt auch der Regierungsbeschluss vom September 1945, alle deutschen Staatsbürger des Landes zu verweisen, wo doch

² Zum folgenden Abschnitt siehe: F. WIELENGA, *Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Münster 2000.

die meisten Deutschen, die im Dienst der Besatzer gestanden hatten, entweder bereits zurückgekehrt oder inhaftiert waren.³

In allen genannten Fällen gab es einerseits das Element der Emotion und der Vergeltung sowie andererseits das Element der Blindheit für internationale Entwicklungen. Man könnte auch sagen, dass diese Haltung zeigte, wie sehr man sich im Recht fühlte und dass man zutiefst vom Recht auf Genugtuung für das erlittene Unrecht überzeugt war. Diese mentale Einstellung erschwerte das Akzeptieren der alliierten Politik zusätzlich. Im kleinen Kreis erkannte man sehr wohl, dass die Zustimmung zur Bildung eines demokratischen deutschen Staats nicht mit der Forderung nach Annexion deutschen Territoriums zusammenging, aber das änderte nichts an der öffentlichen Meinung oder an der Regierungspolitik. Aber auch die Aussicht auf Versilberung des erlittenen Kriegsschadens in Höhe von 25 Milliarden Gulden schwand angesichts der alliierten Politik, die auf den Wiederaufbau der Wirtschaft setzte, schnell. Niederländische Politiker fanden es im Allgemeinen wichtiger, an extremen Forderungen festzuhalten als den Eindruck zu erwecken, man lenke aufgrund deutscher Proteste ein. Schließlich schien dies mit der Position des Siegers unvereinbar zu sein – eine merkwürdige Auffassung, denn auch andere Sieger waren dazu bereit und hatten offensichtlich weniger Schwierigkeiten damit, Gefühle zurückzudrängen und statt dessen den politischen Kurs durch die Staatsräson bestimmen zu lassen. So starteten die Erzfeinde Deutschland und Frankreich nach der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 ein Austauschprogramm für Jugendliche, um auf beiden Seiten der Grenze ein besseres Verständnis füreinander zu schaffen – ein Vorgehen, das auf eine neue Zukunft ausgerichtet war.

In den Niederlanden war man, von Ausnahmen abgesehen, noch nicht so weit. Die Niederlande – Regierung und Bevölkerung – erwarteten von Deutschland und seinen neuen Politikern die Anerkennung und einen Beweis dafür, dass sie während der Besatzung ein kleines, unschuldiges Volk auf menschenunwürdige Weise gequält hatten. Dies war, so schloss man aufgrund der deutschen Reaktionen auf die minimalen Grenzkorrekturen des Jahres 1949, noch nicht einmal ansatzweise zu erkennen. Die Niederlande waren der Meinung, dass sie als Opfer von ihrer moralisch hohen Position aus einen Anspruch auf ein *mea culpa* Deutschlands hatten, und dass Deutschland für seine Untaten auch einen Preis zu bezahlen habe.

Diese Haltung gab es auch 1963 bei der Zustimmung zum Generalbereinigungsvertrag noch, der zum Ziel hatte, die bestehenden Konflikte zu lösen. Dieser Vertrag war eine Kombination aus der Abwicklung von Angelegenheiten aus dem Zweiten Weltkrieg und viel älteren Konflikten. Presse, politische Parteien und Volksvertretung sangen gemeinsam mit dem sonst so bedächtigen und nüchternen Staatsrat das alte Lied. Der Staatsrat konstatierte, dass das „moralisch und materiell“ schuldige deutsche Volk trotz des Wirtschaftswunders die Rechnung nicht bezahlen wolle. Die Wiedergutmachung für Opfer der Besatzungszeit, besonders für die Opfer des Holocausts, war ein „Trinkgeld“, und die Konzessionen an die Niederlande in anderen Bereichen zu klein. Diese moralische Entrüstung wurde jedoch mit politischer

3 WIELENGA (wie Anm. 2), S. 36–38.

Räson präsentiert. Eine Zurückweisung des Vertrages war nicht möglich, da dies die Normalisierung der Beziehungen blockiert hätte, was sich die Niederlande aufgrund der multilateralen Zusammenarbeit mit Deutschland in der NATO, der EWG und OEEC nicht erlauben konnten.⁴ Dennoch prägte der gekränkte, moralisierende Ton die Stimmung, und er sollte sich auch in den folgenden Jahren in den Bereichen manifestieren, die mit dem Zweiten Weltkrieg in Zusammenhang standen. Für die Außenwelt entwickelten sich die Beziehungen zu Westdeutschland in einem normalen Tempo. Allerdings gab es in Den Haag hinter den politischen Kulissen ein großes Tauziehen, bevor ein offizieller Besuch des deutschen Bundespräsidenten möglich wurde. Die Regierung erkannte die Berechtigung dieses Wunsches der Deutschen an, aber sie war sich der Reaktion und des Verhaltens der Bevölkerung so unsicher, dass sie wartete, bis Anfang 1969 der politisch völlig unbelastete Gustav Heinemann das Amt bekleidete. In das Besuchsprogramm wurden, in enger Abstimmung mit der Jüdischen Gemeinschaft, Elemente aufgenommen, die Heinemann mit dem Holocaust und der deutschen Besatzung konfrontierten.

Das war tatsächlich eine neue Rolle für die Jüdische Gemeinschaft. Das allgemeine, weit verbreitete antideutsche Stimmungsbild hatte sich durch die Veröffentlichungen des Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie zunehmend auf die Judenverfolgung gerichtet.⁵ Besonders Loe de Jongs 21-teilige Fernsehserie *De Bezetting*, die zwischen 1960 und 1965 ausgestrahlt wurde, war moralisch nach dem Motto „gut“ und „böse“ komponiert – ein Motto, das von de Jong selbst und Betroffenen aus dem Krieg vermittelt wurde. Die Serie war sehr einflussreich und erhielt die antideutsche Stimmung bei bestimmten Bevölkerungsgruppen aufrecht. Pressers Untersuchung über die Judenverfolgung erschien kurz nach dem letzten Teil von *De Bezetting* und knüpfte an diese emotional-moralisierende Geschichtspräsentation an, die die Verarbeitung eigener Erfahrungen und der Erfahrungen von Zeitgenossen in einer Geschichtsdarstellung selbstverständlich fand, ohne Fragen über deren wissenschaftliche Verlässlichkeit zu stellen. Die Ergebnisse wurden mit großer Selbstverständlichkeit einer Bevölkerung präsentiert, die sich dieser persönlichen Dimension nicht bewusst war.⁶

Auffällig an diesem neuen Impuls ist, dass diese individuellen Erfahrungen sozusagen zu einer nationalen Angelegenheit wurden – abgesehen von der Meinung vereinzelter kritischer junger Journalisten, den Erstgeborenen einer kritischen Generation, die schon bald innerhalb der Meinungsbildung den Ton angeben sollte. Das starke Interesse am Krieg war doch in erster Linie eine innere Angelegenheit der Niederlande: Es ging um das, was in den Niederlanden geschehen war, wer böse gewesen war, wer kollaboriert hatte und was die Deutschen verbrochen hatten. Auch bei den wenigen Kritikern dieser einseitigen Herangehensweise gab es nicht das Bedürfnis, das Verhal-

4 WIELENGA (wie Anm. 2), S. 265–268.

5 J. PRESSER, *De Ondergang*, Den Haag 1965 und L. DE JONG, *De Bezetting. Een weergave in boekvorm van de uitzendingen der Nederlandse Televisie-Stichting over het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog*, Den Haag 1961–1965.

6 C. KRISTEL, *Geschiedschrijving als opdracht. Abel Herzberg, Jacques Presser en Loe de Jong over de Jodenvervolgung*, Amsterdam 1998, S. 229–231.

ten der deutschen Besatzer, die in der Regel als Unterdrücker mit einem Hang zu exzessiver Gewaltanwendung dargestellt wurden, zu kommentieren. Das Feindbild unterlag keinerlei Veränderung.⁷ Wie stark dieses Bild war, erwies sich auch bei der Evaluierung der 1979 ausgestrahlten amerikanischen Fernsehserie *Holocaust*. Dass diese Sendung in den Niederlanden nicht die gleiche Erschütterung hervorgerufen hatte, wie in den USA und in Deutschland, schrieben die Rundfunksender in einem Bericht der Tatsache zu, dass in den Niederlanden im Gegensatz zu Deutschland „nach dem Krieg auch bei der zweiten Generation zu Hause noch oft über den Krieg gesprochen wird und dass die Judenverfolgung dabei eines der wichtigsten Themen ist.“ Im Gegensatz zu Deutschland war dieses Thema in den Niederlanden lebendige Geschichte.⁸ Was auffällt, ist der Kontrast in der Analyse dessen, was nach Meinung der Forscher in den Niederlanden sehr wohl und in Deutschland eben nicht geschah. Ohne jegliche Zurückhaltung nahm man für das eigene Land eine Position der moralischen Unantastbarkeit in Anspruch, und so bestätigte die Fernsehserie ein bereits bestehendes Bild. Sie war auch ein Zeichen dafür, dass die Niederlande allgemein noch nicht bereit waren, sich dem Zweiten Weltkrieg nuanciert und mit anderen Termini als „gut“ und „böse“ zu nähern. Diese Haltung bestätigte das Selbstbild von Königin Wilhelminas Heldenvolk. Ein Selbstbild, das sicherlich auch in jenen zu Hause stattfindenden Gesprächen über antideutsche Handlungen oder Ähnliches bestätigt worden ist.

Wie tief sitzend diese Stimmung war, erwies sich 1971, als die niederländische Regierung beschloss, die letzten drei deutschen Kriegsverbrecher frei zu lassen. 1964 war das Gesuch der – damals noch vier – zum Tode verurteilten und begnadigten deutschen Kriegsverbrecher abgewiesen worden. Dies war ein Bruch mit der allgemeinen Begnadigungspolitik und auch ein Bruch mit der für niederländische Kriegsverbrecher geltenden Politik. Anders gesagt: Die niederländische Regierung legte zweierlei Maß an, eine Vorgehensweise, die in einem Rechtsstaat nicht zulässig oder zumindest unüblich ist. Der Entscheidung war eine heftige Diskussion vorangegangen, die sich in erster Linie gegen zwei Strafrechtsjuristen wandte, die für die Freilassung plädiert hatten. Die „Freilassung“ Lages' aufgrund seiner schweren Erkrankung im Jahr 1966 war kein Bruch mit dieser Politik. Die öffentlichen und politischen Reaktionen machten deutlich, dass nahezu im gesamten politischen Spektrum eine Änderung dieser Politik nicht akzeptiert werden konnte. Mit dieser Politik positionierten sich die Niederlande in doppelter Hinsicht außerhalb des internationalen Kurses. Alle Alliierten hatten inzwischen deutsche Kriegsverbrecher begnadigt und freigelassen. Darüber hinaus stimmte die Anwendung einer anderen als der gängigen Politik nicht mit den internationalen Verträgen überein, aber das spielte keine Rolle. Die Diskussion spitzte sich nicht auf die Wahrung der rechtsstaatlichen Prinzipien zu, sondern auf die angenommene Wirkung einer Freilassung auf die Opfer. Im Jahr 1969 war es der Regierung zu riskant, die Freilassung durch ein neues Gesetz zu regeln, das bestimmen sollte, dass bei einer Verurteilung zu lebenslanger Haft nach 20 Jahren die

7 J. BANK, *Oorlogsverleden in Nederland*, Baarn 1983, S. 17–24.

8 BANK (wie Anm. 7), S. 26.

Haftentlassung folgte. Zwar war die Regierung dafür, und auch in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments schien es eine Mehrheit zu geben. Aufgrund starker Proteste der organisierten jüdischen Gemeinschaft und wichtiger Gruppen des ehemaligen Widerstandes⁹ wagte es die Regierung jedoch nicht, das Gesetz einzureichen: Sie befürchtete, dass es in Amsterdam zu Unruhen käme. Als das Kabinett Biesheuvel dann 1971 diesen Vorschlag einreichte, geschah genau das, was man 1969 befürchtet hatte: In einer Anhörung des Parlamentsausschusses und in der Parlamentsdebatte überwogen hoch auflodernde Emotionen. Im Mittelpunkt stand nicht das Gerechtigkeitsprinzip, sondern das Leid der Opfer. Es war viel persönlicher Mut nötig, um sich für den Gesetzesentwurf auszusprechen, einen Entwurf, der per definitionem keine Chance hatte. Die *Drei von Breda* waren in Wirklichkeit nicht mehr eine Angelegenheit der Regierung, vielmehr bestimmten Vertreter von Interessengruppen, nämlich der Jüdischen Gemeinschaft und des ehemaligen Widerstandes über ihre Freilassung. Es sollte bis 1989 dauern, bevor die Entlassung der übriggebliebenen zwei Gefangenen beschlossen wurde.¹⁰

Im Fall der *Drei von Breda* gelang es einer Gruppe von direkt betroffenen Staatsbürgern, die Regierung zu einer Politik zu zwingen, die ausschließlich auf Emotionen beruhte. Es handelt sich hierbei zweifellos um das überzeugendste Beispiel, aber auch andere Beispiele verdeutlichen, dass bis heute Teile der Bevölkerung den Ton bestimmen und die Diskussion vernebeln, indem sie einen direkten Zusammenhang zwischen dem Deutschland der Nachkriegszeit und den Deutschen im Zweiten Weltkrieg herstellen. In den meisten dieser Fälle ist die Skala der Gruppen und Themen viel breiter. Sicher ist, dass der Zweite Weltkrieg ein einfacher Bezugspunkt ist, um die öffentliche Meinung gegen Deutschland und die Deutschen aufzubringen. Psychologisch ist dies leicht zu erklären: Was ist leichter als mit Blick auf „Deutschland“ und „die Deutschen“ Stereotypen anzuwenden? Ein solches Vorgehen fordert jedenfalls nicht zum Nachdenken auf und beeinflusst tiefgreifend die Meinungsbildung der nachfolgenden Generation. Allerdings sollte nicht jeder Ausdruck einer antideutschen Haltung mit dem Trauma des Zweiten Weltkrieges verknüpft werden. Es ist jedenfalls auffällig, dass beim Fußballpublikum das Transparent „Oma, wir haben dein Fahrrad wiedergefunden“ schon seit Jahren nicht mehr zu sehen ist. Vielleicht ist mit der Oma auch das Bewusstsein des Traumas verschwunden, und vielleicht muss man die Rivalität zwischen den Fangruppen als normale, gesunde sportliche Rivalität einschließlich aller nationaler und nationalistischer Sentiments charakterisieren.

Was auf anderen Gebieten geschieht, ist viel schwieriger zu deuten. Tatsächlich war es besorgniserregend, dass zu Beginn der neunziger Jahre unter

9 Zu dieser Gruppe gehörte Jaap le Poole. Siehe H. PIERSMA, *Op oorlogspad. Jaap le Poole, verzetsman voor het leven*, Amsterdam 2006, S. 71–80 und 91–102.

10 H. PIERSMA, *De drie van Breda. Duitse oorlogsmisdadigers in Nederlandse gevangenschap 1945–1989*, Amsterdam 2005, S. 95–197; H. FÜHNER, *Nachspiel. Die niederländische Politik um die Verfolgung von Kollaborateuren und NS-Verbrechen 1945–1989*, Münster 2005, S. 242–304 und 400–426.

der niederländischen Jugend eine stark antideutsche Mentalität existierte. Um gegen diese Mentalität anzugehen, starteten sowohl staatliche Einrichtungen als auch Privatorganisationen Projekte, um besonders durch das Bildungswesen bessere Informationen über Deutschland zu vermitteln. Dazu war es fünfzig Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges auch höchste Zeit, denn Deutschland war ab 1949 als Bundesrepublik in Europa ein völlig anderer Partner gewesen – keine Bedrohung, sondern ein Miterbauer der Europäischen und Atlantischen Gemeinschaften. Dennoch blieb es – auch auf der Regierungsebene – schwierig, die Position gegenüber der Bundesrepublik als Nachbarland zu bestimmen. Das ist jedoch eher eine Folge des Größenunterschieds: Der europäische Kleinstaat, der sich selbst als mittelgroß oder – nicht weniger bescheiden – als der Größte der Kleinen in der Europäischen Union sieht, neben der europäischen Großmacht.

Das indonesische Trauma

Mitte der sechziger Jahre charakterisierte Arend Lijphart die Beziehungen zwischen den Niederlanden und Indonesien nach der Übertragung der Souveränität im Dezember 1949 als traumatisch.¹¹ Diese Bewertung war zweifellos zutreffend. Bis 1962 manifestierte sich dieses Trauma vor allem im Konflikt über die Übergabe eines Teiles des ehemaligen Niederländisch-Ostindien – nämlich des westlichen Teils von Neuguinea – an die Republik Indonesien. Jakarta und besonders Präsident Sukarno stellten sich auf den Standpunkt, dass die Unabhängigkeit am 17. August 1945 für die gesamte niederländische Kolonie ausgerufen worden war, von Sabang auf Sumatra bis Merauke auf Neuguinea. Mit weniger gab sich Indonesien nicht zufrieden, auch nicht, als es 1949 der Fortsetzung der niederländischen Verwaltung zustimmte. Die Neuguinea-Frage, die nur einen Aspekt des niederländischen Traumas hinsichtlich der Dekolonisation Indonesiens darstellt, wird in der ausgezeichneten Darstellung *Een daad van vrije keuze*¹² von Drooglever behandelt. Unter anderem wird das niederländische Bestreben untersucht, das fragliche Gebiet mit der Unterstützung der Bündnispartner auf jeden Fall aus den Händen Sukarnos und Indonesiens zu halten und die Bevölkerung zu politischer Selbständigkeit zu erziehen. Im Folgenden soll in erster Linie auf die Auswirkungen des Verlustes von Niederländisch-Ostindien auf die niederländische Indonesienpolitik nach der Übertragung der Souveränität im Dezember 1949 eingegangen werden.

Die Übergabe der Souveränität in dieser Form war ein anderes Ergebnis als es die niederländische Regierung und die Volksvertretung mehrheitlich angestrebt hatten. Auf der Grundlage ihrer Kolonialpolitik hatte die niederländische Regierung bis zur japanischen Besatzung als strenger Vormund eine Politik geführt, die auf eine Beteiligung der indonesischen Bevölkerung an

11 A. LIJPHART, *The Trauma of Decolonisation. The Dutch and West New Guinea*, New Haven/London 1966.

12 P. J. DROOGLEVER, *Een daad van vrije keuze. De Papoea's van westelijk Nieuw-Guinea en de grenzen van het zelfbeschikkingsrecht*, Amsterdam 2005.

der Verwaltung, die Einführung einer begrenzten Demokratie und auf eine für die Zukunft geplante politische Autonomie ausgerichtet war. Dies alles sollte unter niederländischer Führung geschehen. Wer diese Zielsetzungen nicht unterschrieb, wusste, dass er verfolgt und nach Boven-Digul auf Neuguinea verbannt werden würde. Die niederländische Politik ging davon aus, dass ein autonomes Indonesien weiterhin zum Königreich der Niederlande gehören werde. Das war der Kern der Nachkriegspolitik, die Königin Wilhelmina am 7. Dezember 1942 ankündigte. Dabei wurde die Möglichkeit, dass das indonesische Volk mehr als Autonomie, nämlich Unabhängigkeit wollen könnte, völlig ignoriert. Der einzige Indonesier, der jemals Mitglied des niederländischen Kabinetts gewesen war, P.A. Soejono, fasste diese mentale Trennlinie treffend zusammen: Wenn das indonesische Volk Unabhängigkeit will, hat das nicht mit „anti-niederländisch-Sein“ zu tun; es ist ein Ausdruck von „pro-indonesisch-Sein.“ Die tiefere Bedeutung dieser Äußerung entging jedoch seinen niederländischen Kollegen. Sie lebten und handelten noch im Sinne des Vormundschaftsgedankens. Das Ergebnis zweier Kolonialkriege, dreier Verhandlungsrunden sowie des Eingreifens des UN-Sicherheitsrates war Ende 1949 eine schwache, konföderale Niederländisch-Indonesische Union, eine Vereinbarung über Zusammenarbeit zwischen dem unabhängigen Indonesien und den Niederlanden. Die Niederlande hatten ihren Willen in Form einer wirtschaftlich-finanziellen Abrechnung der Kolonialzeit bekommen, die Indonesien die finanzielle Last der Staatsschulden und der Rentenverpflichtungen zuwies. Kein schöner Abschluss einer Abhängigkeitsbeziehung also und ein schlechter Auftakt zu einer Zeit der Gleichrangigkeit.

Der Konflikt um Neuguinea ist offensichtlich der Dreh- und Angelpunkt für das Verhältnis zwischen den Niederlanden und Indonesien. Für die indonesische Regierung war es selbstverständlich, dass Neuguinea zu ihrem Territorium gehörte. Aus der Sicht des in den Niederlanden herrschenden legalistischen und auch nachtragenden Denkens bezog Indonesien damit eine unhaltbare Position: Die Abkommen des Runden Tisches aus dem Jahr 1949 waren der Ausgangspunkt für die neuen Verhältnisse, und Den Haag interpretierte hier nach eigener Anschauung. Ab 1950 entfaltet sich in den bilateralen Beziehungen ein Szenario, das auf beiden Seiten von negativen Gefühlen durchzogen ist. In konservativen und konfessionellen niederländischen Kreisen herrschte weiterhin die Überzeugung, dass die Übergabe der Souveränität das Ergebnis der Untreue der Bündnispartner des Zweiten Weltkrieges war. Hätten die Briten unmittelbar nach der japanischen Kapitulation im Jahr 1945 für Ordnung gesorgt und die niederländischen Truppen zugelassen, hätte die nationalistische Bewegung Sukarnos und Hattas niemals Fuß fassen können, denn die indonesische Bevölkerung war ja immer mehrheitlich auf Seiten der Niederländer gewesen. Darüber hinaus war eine Zusammenarbeit mit Sukarno per definitionem unmöglich gewesen, weil er während des Krieges mit den japanischen Besatzern kollaboriert hatte. Die niederländischen konfessionellen und konservativen Parteien waren auch über das Eingreifen der UNO im Jahr 1948 und über das für die Niederlande nachteilige pro-indonesische Auftreten der Australier und vor allem der Amerikaner verstimmt. Modern ausgedrückt: Die Niederlande nahmen selbst die Rolle des

Opfers ein, und das ermöglichte es ihnen, über eine Analyse der eigenen Politik hinwegzugehen. Dies schuf eine mentale Haltung, die für einen Neuanfang nicht von Vorteil war. Wichtig war auch, dass sich ab 1950 der Kalte Krieg durch den Korea-Krieg ebenfalls in Asien manifestierte. Von diesem Umstand machte die niederländische Regierung dankbar Gebrauch. Sukarno hatte nun den Ruf eines kommunistischen *fellow-travellers* und das ermöglichte es, im Neuguinea-Konflikt gegenüber Indonesien mit harten Bandagen zu kämpfen. Dass man mit dieser Politik den eigenen Interessen Schaden zufügte, war ein Gesichtspunkt, der in Den Haag selten zu hören war. Indonesien machte diesen Konflikt zum Kernstück der bilateralen Beziehungen, und die niederländische Regierung reagierte im Gegenzug mit einer knallharten abschlägigen Antwort.

Man darf nicht übersehen, dass Sukarno und die nachfolgenden indonesischen Regierungen das ihre dazu beigetragen haben, Salz in die niederländischen Wunden zu streuen – so wurde es zumindest von den Niederländern wahrgenommen. Es begann 1950 mit der Aufhebung der föderalen Staatsstruktur. Den Haag betrachtete diesen Schritt als Verletzung der Abkommen des Runden Tisches. Was folgte, waren Klagen über die Beteiligung an einem Putsch, die Aufkündigung der Niederländisch-Indonesischen Union, das Einstellen der Schuldentilgung, Prozesse gegen der Spionage bezichtigter Niederländer, Enteignung niederländischen Eigentums und niederländischer Betriebe, Ausweisung niederländischer Bürger und schließlich 1960 der Abbruch der Beziehungen. Dem steht gegenüber, dass von Seiten der Niederlande eine versöhnliche Geste offensichtlich nicht möglich war. Es war in Den Haag allgemein bekannt, dass Sukarno ein offizieller Besuch in den Niederlanden viel bedeutete, aber das kam überhaupt nicht in Frage, auch nicht, nachdem die Neuguinea-Frage geklärt und die Beziehungen wiederhergestellt waren. Sukarno war und blieb in den Augen mancher niederländischer Politiker eine Art asiatischer Mussert (Anführer der niederländischen nationalsozialistischen Bewegung) oder Hitler. Die rasche Dekolonisation Indonesiens war für sie nach fünf Jahren der Isolation während der deutschen Besatzung ein großer Schock gewesen, der offensichtlich 1945 oder 1950 eine rationale Analyse des Standes der Dinge unmöglich machte. Zum Teil war dies die Folge des Festhaltens an bestehenden, überholten Konzepten. Dazu muss allerdings gesagt werden, dass diese Konzepte sich besonders fest in ihren Köpfen verankert hatten, und dass ein Besuch in Indonesien die Realitätserkenntnis in der Regel nicht erhöhte. Außenminister Dirk Stikker ist der einzige Politiker, dessen Haltung sich nach einem Besuch in Batavia veränderte.¹³

War das Trauma über den Verlust Indonesiens in den Niederlanden politisches Allgemeingut? Auf jeden Fall in viel geringerem Umfang als das deutsche Trauma. Ein Blick auf die politischen Parteien zeigt, dass die Kommunistische Partei, die sozialdemokratische Partei und – seit ihrer Gründung – auch die Pazifistisch Sozialistische Partei jedenfalls Fragezeichen hinter die Neuguinea- und Indonesienpolitik gesetzt hatten. Ende der fünfziger Jahre begann auch die Unterstützung durch die konfessionellen Parteien für die

13 L.G.M. JAQUET, *Minister Stikker en de soevereiniteitsoverdracht aan Indonesië. Nederland op de tweesprong tussen Azië en het Westen*, Den Haag 1982.

Erziehung der Bevölkerung in Niederländisch-Neuguinea zu politischer Selbständigkeit zu bröckeln. Wichtig ist hierbei die Feststellung, dass dieses Abbröckeln der Heimatfront sich nach einer Reihe indonesischer und anti-niederländischer Maßnahmen sowie einer realen Kriegsbedrohung manifestierte. Es ist zu einfach, diese Standpunktänderung als ein Akzeptieren der politischen Realität und eine Überwindung des Traumas zu interpretieren. Darüber hinaus hatten diese Verschiebungen kaum einen Einfluss auf den Regierungsstandpunkt. Dieser zeichnete sich weiterhin durch ein hohes Maß an anti-indonesischen Gefühlen aus.

Nach der indirekten Übergabe Neuguineas an Indonesien durch eine Interimsregierung der UNO sowie dem Verschwinden Sukarnos von der politischen Bühne durch einen blutigen Putsch gab es eine langsame Wiederherstellung normaler Beziehungen. Es kam zu einer Schuldenregelung, bei der sich die niederländische Regierung generös zeigte: Sie erklärte sich mit einer Festsetzung auf 600 Millionen Gulden einverstanden, während sich der Betrag tatsächlich auf insgesamt 4,4 Milliarden Gulden belief. Auf Initiative der Amerikaner und der Japaner wurden die Niederlande Vorsitzender der Intergovernmental Group for Indonesia, der IGGI, einem internationalen Entwicklungskonsortium.¹⁴ Auch mit Blick auf Indonesien manifestierten sich in den Niederlanden selbst Aspekte der kolonialen Vergangenheit, die darauf hindeuteten, dass man von einer wirklichen Verarbeitung noch nicht sprechen konnte. In den Niederlanden herrschte ein überdurchschnittlich großes Interesse an den Entwicklungen in Indonesien. 1965 gab es vor allem Zustimmung zum Militärputsch und dem Verschwinden Sukarnos und seiner Anhänger. Mit Sukarno war das wichtigste Hindernis für ein gutes bilaterales Verhältnis aus dem Wege geschafft.¹⁵ Erst später konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf die vielen politischen Gefangenen und ihre Behandlung. Beim Amtsantritt des progressiven Kabinetts den Uyl im Mai 1973 bekam die Menschenrechtspolitik innerhalb der Außenpolitik und der Entwicklungshilfe einen prominenteren Platz. Minister Jan Pronk war mit dem Indonesienkomitee und Amnesty International der Meinung, dass der Vorsitz in der IGGI sowie die niederländische Hilfe Instrumente waren, mittels derer Druck auf die indonesische Regierung ausgeübt werden konnte. Obgleich sich die drei am meisten von der Angelegenheit betroffenen PvdA-Minister nicht über die beste Methode einigen konnten, waren sie sich darüber einig, dass die historische Verbindung zu Indonesien zu einer „kritischen Beziehung“ zwang. Pronk brachte während der IGGI-Konferenz Ende 1973 die politischen Gefangenen zur Sprache, eine Ausweitung des Beratungsthemas, die bei den indonesischen und anderen Delegationen auf keine besondere Wertschätzung stieß. Die Adoption politischer Gefangener durch Amnesty International Nederland und die anti-indonesischen Aktivitäten radikaler Jugendlicher von

14 G.A. POSTHUMUS, *Een ideale vorm van hulp*. Bilaterale financiële hulpverlening, het India Consortium en de IGGI, in: J.A. NEKKERS/P.A.M. MALCONTENT (Hrsg.), *De geschiedenis van vijftig jaar Nederlandse ontwikkelingsamenwerking 1949–1999*, Den Haag 1999, S. 156–160.

15 M. VAN DER PLAS, *Luns*: „Ik berinner mij...“ *Vrijmondige herinneringen van Mr. J.M.A.H. Luns zoals verteld aan M. van der Plas*, Leiden 1972, S. 81 f.

den Molukken machten die Autoritäten in Jakarta sehr misstrauisch hinsichtlich dieser Einmischung in innere Angelegenheiten. Allgemein war das Interesse an Geschehnissen in Indonesien viel größer als das für andere Länder, die niederländische Entwicklungshilfe bezogen, und Pronk sprach nur gegenüber Indonesien die Drohung aus, diese Hilfe einzustellen, wenn sich die Lage nicht bessere. Bei Problemen, die in den siebziger Jahren auftraten, demonstrierte ein wachsender Teil des politischen Spektrums der Niederlande, dass er die Politik der Vormundschaft hinsichtlich der früheren Kolonie mit anderen Mitteln fortsetzen wollte.¹⁶ Pronk betrieb sozusagen eine postkolonialistische ethische Politik – offensichtlich, um in Indonesien noch nachträglich das zu schaffen, was bei der Übergabe der Souveränität noch im Bereich der „Erziehung“ gefehlt hatte.

Dabei blieb es aber nicht. In den Niederlanden selbst entwickelte sich ein Pendant, das zur Konfrontation mit dem eigenen kolonialen Auftreten zwang. Ende der sechziger Jahre war mit der Debatte über das Verhalten der niederländischen Truppen in Indonesien nach dem Zweiten Weltkrieg das Fass zum Überlaufen gebracht worden. Ein ehemaliger Militär erklärte in einer Fernsehsendung, dass er und andere niederländische Militärs sich Kriegsverbrechen schuldig gemacht hätten. Die bekannten Soziologen van Doorn und Hendrix kamen zu dem Schluss, dass diese Gewaltexzesse gegen die indonesischen Streitkräfte und die Bevölkerung nicht zufällig, sondern strukturell bedingt waren: Es handelte sich um „Elemente eines Musters, Ergebnisse eines Prozesses.“¹⁷ Dies entfesselte zunächst eine scharfe Diskussion und viele persönliche Stellungnahmen von Indonesien-Veteranen, ohne dass sich der Ton der Debatte änderte. Jahre später entstand neue Unruhe, als Loe de Jong im Konzept für den letzten Teil seiner Reihe *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog* schrieb, dass der Dekolonisationskrieg in Indonesien eine Fortsetzung des Weltkrieges gewesen sei, dass das indonesische Volk das niederländische Joch habe abwerfen wollen und dass die niederländischen Militärs eingesetzt worden seien, um dies zu verhindern. In ihrem Kampf hatten sie Kriegsverbrechen begangen, und er zog den Vergleich zum Auftreten der SS während des Zweiten Weltkrieges. Das rief den Zorn der Veteranen hervor, und sie drohten – vereint in der Stichting Rechtsherstel KNIL – mit einem Prozess. De Jong lenkte ein und entschärfte seinen Text, und so war von Kriegsverbrechen keine Rede mehr.¹⁸

Seit der Veröffentlichung des Bandes XII von de Jongs *Koninkrijk* im Jahr 1989 manifestierten sich die Veteranen des Indonesienkrieges deutlich als eine Gruppe, die sich gegen Anschuldigungen wehrte, sie habe Kriegsverbrechen begangen oder gegen die Regeln des Kriegsrechts verstoßen. Auch setzten sie die Regierung unter Druck, an der alten Lesart festzuhalten, nach der

16 P.A.M. MALCONTENT, *Op kernstocht in de derde wereld. De reacties van de Nederlandse regering op ernstige en stelselmatige schendingen van fundamentele mensenrechten in ontwikkelingslanden 1973–1981*, Hilversum 1998, S. 74–116.

17 J.A.A. VAN DOORN und W.J. HENDRIX, *Ontsporing van geweld. Over het Nederlands/Indisch/Indonesisch conflict*, Rotterdam 1970.

18 L. DE JONG, *Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog. Deel. XIV*, Den Haag 1989, S. 900–917.

es um einen Kampf gegen Sukarno und die indonesischen Nationalisten gegangen sei. Zum Kernstück dieses Kräfteressens wurde die niederländische Anerkennung der Ausrufung der Republik Indonesien am 17. August 1945 sowie die Preisgabe des 30. Dezember 1949 als Beginn des indonesischen Staates. 1995 wagte es das Kabinett Kok nicht, den Staatsbesuch von Königin Beatrix in Indonesien auf den fünfzigsten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung von Sukarno und Hatta fallen zu lassen. Davor und danach benutzten die Veteranen das Argument, eine Anerkennung des 17. August 1945 als Beginn des indonesischen Staates bedeute, dass die Regierung die Militärs betrogen habe und sie für eine verlorene Sache habe kämpfen lassen, und dass Tausende umsonst gestorben seien.¹⁹ Die entgegen gesetzte Meinung lautete, man müsse Indonesien eine Entschuldigung für die niederländischen Gewaltexzesse der Jahre 1945–1949 anbieten, aber in den Niederlanden litt man, wie eine Meinungsumfrage zeigte, nur in beschränktem Maße unter postkolonialen Schuldgefühlen. Wenn sich die Bevölkerung überhaupt der kolonialen Vergangenheit bewusst war, bedeutete das noch nicht, dass diese politisch oder moralisch als Trauma erlebt wurde. Es waren Parteien und Gruppierungen am linken Rand des politischen Spektrums, die auf eine Entschuldigung oder auf Äußerungen des Bedauerns drängten – eben jener Teil des politischen Spektrums, der auch in den Jahren 1945–1949 Widerstand gegen den Kolonialkrieg geübt oder diesem nur aus Gründen der Staatsräson und gegen die innere Überzeugung zugestimmt hatte.²⁰

Außenminister Bot hat in seinen Ansprachen vom 15. und 17. August 2005 versucht, das traumatische Kapitel des Kolonialkrieges in den niederländisch-indonesischen Beziehungen abzuschließen. Er war hierzu aufgrund seiner eigenen Geschichte als Kind in einem japanischen Internierungslager und aufgrund des selbst erlebten Mangels an Interesse für diese Geschichte nach der Repatriierung in die Niederlande qualifiziert. Er zitierte Churchill: Je weiter man zurückblicken kann, desto weiter kann man auch vorausschauen. Bot rief alle betroffenen Gruppen auf, mit der eigenen Geschichte ehrlich umzugehen, auch mit dem von 1945 bis 1949 dauernden Kapitel der niederländisch-indonesischen Geschichte. Wer auf dem Berg stehe, habe den Blick auf den kürzesten Weg zum Ziel. Die Niederlande durften nicht vor der Erkenntnis zurückschrecken, dass sie auf der falschen Seite der Geschichte gestanden hatten und das sei „außerordentlich bitter“ für alle Betroffenen: für die niederländisch-ostindische Gemeinschaft, für die betroffenen Militärs und „in erster Linie für die indonesische Bevölkerung selbst.“ Die Trennung in den Jahren 1945–1949 habe länger gedauert und sei mit mehr Gewalt einhergegangen, als nötig gewesen sei. Es sei an der Zeit, auch Indonesien reinen Wein einzuschenken. Seine Botschaft in Jakarta werde es daher auch sein, so Minister Bot, dass die Niederlande akzeptierten, dass die indonesische Unab-

19 S. SCAGLIOLA, *De Nederlandse oorlogsmisdaden in Indonesië en hun verwerking*, Amsterdam 2002, S. 355–364.

20 MALCONTENT (wie Anm. 16), S. 119–121.

hängigkeit de facto bereits am 17. August 1945 begonnen habe.²¹ In Jakarta äußerte sich Bot im gleichen Sinne. Er erklärte ausdrücklich, dass die niederländische Regierung politisch und moralisch die Unabhängigkeitserklärung vom 17. August 1945 akzeptiere. Die schmerzlichen Erinnerungen an die Abtrennung der Kolonie durften nicht länger einer „honest reconciliation“, auch nicht der der Betroffenen, im Wege stehen.²²

Schluss

Die Ansprachen von Bot in Den Haag und Jakarta schlossen den Prozess der Traumaverarbeitung hinsichtlich des Kolonialkrieges und der Dekolonisation Indonesiens formal diplomatisch ab. Dies geschah auf eine völlig andere Weise als im Falle der Bundesrepublik: Dort brachte die Generalvereinbarung des Jahres 1963 alles andere als die Ruhe, die die Regierung zu erreichen hoffte. Bei einem Vergleich der beiden Prozesse der Traumaverarbeitung fallen doch in erster Linie die Unterschiede auf. Mit Blick auf die Bundesrepublik ist festzustellen, dass es bestimmten Gruppen möglich war, die Kriegsvorgänge auf politischer Ebene sehr lange für die Durchsetzung ihrer eigenen Sichtweise zu benutzen. Dies beruhte auch auf der Tatsache, dass das Interesse am Zweiten Weltkrieg ab den sechziger Jahren immer stärker wurde und sich zunehmend auf den Holocaust zuspitzte. Es war nicht schwer, durch große Gefühle öffentliche Unterstützung zu mobilisieren oder durch die Demonstration persönlichen Leids die Regierungspolitik zu durchkreuzen. Das Trauma des Verlusts von Niederländisch-Ostindien war vor allem eine Angelegenheit der Regierungspolitik, und es verstellte in den fünfziger Jahren den Weg für eine andere Neuguinea-Politik. Nicht das indonesische Volk, sondern Sukarno war der Dreh- und Angelpunkt der Politik. Ende der fünfziger Jahre bröckelte die politische Basis für diese Form der Traumaverarbeitung. Langsam sickerte die Erkenntnis durch, dass dieser Kurs der Konfrontation ergebnislos bleiben würde. Das besondere Interesse der Regierung an Indonesien blieb auch bei der Gewährung von Entwicklungshilfe bestehen. Es ist nicht allzu gewagt zu sagen, dass die historische Bindung vor allem im linken politischen Spektrum großes Interesse an Indonesien entstehen ließ und dass man dort eine Politik betreiben wollte, die man gegenüber keinem anderen Entwicklungsland verfolgte. Viel stärker als im Falle Deutschlands hielt die eine niederländische Gruppierung der anderen den Spiegel vor: Die niederländischen Streitkräfte hatten Kriegsverbrechen begangen, eine Wahrheit, die die Veteranen nicht hören wollten, eine Wahrheit auch, die sie zunächst buchstäblich aus den Geschichtsbüchern heraushalten konnten.

21 Siehe hierzu: [http://www.minbuza.nl/organisatie/bewindsheden/minister Bot/toespraken van de minister, Toespraak ter gelegenheid van de 15 augustus-herdenking bij het Indië-monument](http://www.minbuza.nl/organisatie/bewindsheden/ministerBot/toespraken%20van%20de%20minister,%20Toespraak%20ter%20gelegenheid%20van%20de%2015%20augustus-herdenking%20bij%20het%20Indië-monument), (15.08.2005).

22 Vgl. [http://www.minbuza.nl/organisatie/bewindsheden/ministerBot/toespraken van de minister, Toespraak van minister Bot tijdens het bezoek aan de Indonesische Minister van Buitenlandse Zaken Wirajuda](http://www.minbuza.nl/organisatie/bewindsheden/ministerBot/toespraken%20van%20de%20minister,%20Toespraak%20van%20minister%20Bot%20tijdens%20het%20bezoek%20aan%20de%20Indonesische%20Minister%20van%20Buitenlandse%20Zaken%20Wirajuda), (16.08.2005).

Natürlich haben beide Angelegenheiten etwas gemeinsam. In erster Linie spielt das „sich im Recht fühlen“ eine große Rolle. Von Deutschland forderten die Niederlande eine großzügige, moralische Bekundung des Bedauerns für das Kriegsleid, wobei sie selbst „das Ausmaß“ bestimmen wollten. Indonesien sollte aus niederländischer Sicht nach der Übergabe der Souveränität eigentlich die Beziehung zu den Niederlanden fortführen und damit implizit eine Kompensationsleistung für diese Selbständigkeit erbringen. In beiden Fällen waren die niederländische Regierung und Bevölkerung in ihrem eigenen Kokon gefangen, in dem sie ausschließlich aus der eigenen Perspektive heraus argumentieren konnten. Dies war zweifellos eine Folge der fünf Jahre währenden Abgeschlossenheit von den internationalen Entwicklungen, aber es hatte auch mit der vor 1940 freiwillig gewählten Isolierung in der internationalen Politik zu tun. Die Niederlande waren es gewohnt, ihren eigenen Gedankengängen zu folgen und gemäß eigener Kriterien zu argumentieren. Trotz der Entscheidung für eine internationale und regionale Zusammenarbeit als Grundlage für die Außenpolitik nach 1945, hatte sich das Land in den bilateralen Beziehungen noch wenig geöffnet, sodass es Schwierigkeiten hatte, zu erkennen, was andernorts geschah oder dass man überholten Zielen nachstrebte. Zu dieser Ausrichtung auf den eigenen Standpunkt hin hat sicherlich auch die Tatsache beigetragen, dass die Niederlande als Kleinstaat eine internationale Rechtsordnung anstrebten und gerne die Augen vor den Aspekten der Machtpolitik verschlossen, da sie nicht über die Mittel für eine solche Politik verfügten.